

II- 8200 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4196 1J

1989 -07- 12

A N F R A G E

der Abgeordneten Erlinger, Wabl und Freunde

an die Frau Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport

betreffend Gesundheitsgefährdung von Kindern der NÖ Gemeinde
Ernstbrunn

Seit 1963 besteht in der Gemeinde Ernstbrunn/Niederösterreich die Eisengießerei und Maschinenfabrik Hammerschmied. Durch die Lage mitten im Ortszentrum werden Anrainer und insbesondere eine Schule, die sich in unmittelbarer Nähe der Fabrik befindet, durch Rauch, Ruß und Abgase in unzumutbarer Weise belästigt.

Nach zunehmend konkreten Hinweisen auf gesundheitliche Schäden bei Schul- und Kindergartenkindern wandte sich der Elternverein der Schule Ernstbrunn im März 1983 erstmals an die Bezirkshauptmannschaft Korneuburg. Auch wurde durch einen Anrainer Anzeige erstattet. Die Erkenntnisse der Behörde ("Gesundheitsgefährdung ist nicht auszuschließen" usw.) und die geforderten "zusätzlichen Auflagen" samt "Ortsaugenscheinverhandlungen" haben bis zum heutigen Tage keine Besserung der Situation gebracht. Immissionsmessungen erwiesen sich - nach Darstellung der Betroffenen - als Farce, da die Eisengießerei zum Zeitpunkt der Messungen ihre Öfen drosselte. Die Firma Hammerschmied verwies stets auf die wirtschaftliche Unzumutbarkeit, wirksame Umweltmaßnahmen zu treffen.

Im Herbst 1984 starteten die besorgten Eltern und Lehrer Unterschriftenaktionen, die ohne Echo blieben. Auch ein Schreiben an das Gesundheitsministerium ("fehlende Kompetenzen") erwies sich als nicht zielführend.

Inzwischen hatten die - auch vom Gemeindearzt diagnostizierten - Gesundheitsschäden bei den Ernstbrunner Kindern dramatisch zugenommen. Atemwegserkrankungen, Hustenreiz, Übelkeit, Brechreiz, chronische Bronchitis, Augenkrankheiten und zahlreiche Fälle des gefährlichen Pseudo-Krupp schreckten die verängstigten Eltern auf.

- 2 -

Im Herbst 1986 sprach eine Elterndelegation bei Landeshauptmann-Stv. Pröll und Umweltanwalt Raschauer vor. Den besorgten Eltern wurden "Expertengespräche" in Aussicht gestellt.....

Im September 1988 führte der Umweltbus der Arbeiterkammer NÖ bei der Schule eine Immissionsmessung durch und erbrachte einen neuerlichen Hinweis auf die gesundheits-schädigenden Abgase der Firma, da Grenzwerte deutlich überschritten wurden.

Schließlich erfolgte die Neuaufnahme (in Abwesenheit des Arbeitsinspektors) eines gewerbebehörlichen Verfahrens. Der Eisengießerei werden neuerliche Auflagen erteilt (Berufungsbescheid der Firma vom November 1988). Wesentlich erscheint die Tatsache, daß seit dem 1.1.1989 die Klausel der "wirtschaftlichen Unzumutbarkeit" in der Gewerbeordnung fehlt. Die Situation in Ernstbrunn würde sich durch die geplanten Gas-Sauerstoff-Öfen bessern, doch Besitzer Hammerschmied verweist nun auf die zu hohen Gaspreise (laut Umweltanwalt Raschauer im Juli 1989). Bemerkenswert ist die Tatsache, daß Firmenchef Hammerschmied langjähriger Politiker, Vizebürgermeister und Cousin des Bürgermeisters ist.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport folgende

A N F R A G E

1. Gibt es einen nachweisbaren Zusammenhang zwischen den zahlreichen Formen von Atemwegserkrankungen bei Ernstbrunner Schulkindern und den Emissionen der Firma Hammerschmied?
2. In welchem Ausmaß war die Schulaufsicht von den unzumutbaren Geruchsbelästigungen und gesundheitlichen Gefährdungen der Ernstbrunner Schulkinder informiert? Welche Schritte wurden unternommen?
3. Wann lagen erstmals Erkenntnisse des verantwortlichen Schularztes Dr. Hans Gumpinger vor? Wann hatten die zuständigen Gesundheitsbehörden erstmals Kenntnis? Welche Konsequenzen wurden seitens der Schulaufsicht gezogen?

- 3 -

4. Welche Schritte werden unternommen, damit im Schuljahr 1989/90
 - a) Belastungen, die das Lernen in der Schule schwer beeinträchtigen, unverzüglich ausgeschaltet werden?
 - b) Schulpflichtige Kinder vor gesundheitlichen Schäden bewahrt werden?
5. Hat sich die Schulaufsicht jemals selber von den unzumutbaren Verhältnissen an der Volks- und Hauptschule Ernstbrunn überzeugt?
6. Welche Beachtung haben die Schulbehörden den zahlreichen Initiativen von Eltern, Lehrern und Schülern geschenkt? Unter anderem der Unterschriftenaktion von Lehrern im Herbst 1984, von Eltern 1986, der TV-Sendung vom Juni 1989, in der Schüler über das Ernstbrunner Umweltproblem sprachen und 300 Unterschriften vorlegten.
7. Welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich für Eltern, bei deren Kindern ein nachweisbarer Zusammenhang zwischen Atemwegserkrankungen und Emissionen der Firma Hammerschmied besteht? Inwieweit kann die Schulbehörde berechnete Forderungen der Eltern unterstützen?